

Stefanie Endlich

Pädagogik als Kalkül? Zum geplanten Denkmal für die ermordeten Juden Europas

aus: kunststadt stadtkunst 45, Frühjahr 1999, S. 10-11

Der Beitrag im letzten Heft, Teil III der Berichterstattung über das Mahnmal, entstand noch vor der Bundestagswahl. Seit Oktober 1998 geriet das Thema in zunehmende Turbulenzen. Deren Auswirkungen auf Profil und Gestalt des geplanten Mahnmals sind bei Redaktionsschluß des vorliegenden Heftes schwer einzuschätzen. Der Versuch, eine schnelle politische Entscheidung zu erzwingen, barg mehr Probleme als Lösungen und machte die neue Runde des Nachdenkens noch schwieriger. Die Ereignisse seit Herbst 98 in Stichworten:

Oktober 98: der designierte Staatsminister für Kultur, Michael Naumann, erklärter Kritiker des geplanten "rein abstrakten" Mahnmals und des bisherigen Verfahrens, schlägt vor, das Video-Archiv von Steven Spielbergs Shoah-Foundation auf dem ausgewählten Standort anzusiedeln; auch von anderer Seite kommen neue Ideen, die sich von der Definition eines Mahnmals im engeren Sinn entfernen.

Januar 99: Naumann veranlaßt Peter Eisenman, seinen Entwurf zum zweiten Mal zu überarbeiten, die Anzahl der Stelen weiter zu reduzieren und das Stelenfeld mit einem "Haus der Erinnerung" zu kombinieren; das neue Entwurfsmodell wird den Bundestagsfraktionen präsentiert.

Februar/März: Die öffentlichen Reaktionen sind überwiegend skeptisch bis ablehnend. Von Seiten der Gedenkstätten werden kritische Einwände vor allem gegenüber dem Naumannschen Vorschlag eines zentralen Holocaust-Museums formuliert (so von der Arbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten in Berlin und Brandenburg und der Arbeitsgemeinschaft KZ-Gedenkstätten)

März: Der neu eingerichtete Bundestagsausschuß für Kultur und Medien veranstaltet am 3. 3. eine Anhörung zum geplanten Denkmal. Der Berliner Senat beschließt am 16.3. in einer Kampfabstimmung mit CDU-Mehrheit, das zweite, formell gesehen immer noch laufende Findungsverfahren nicht zu beenden; der Bundestagspräsident hatte das Land Berlin als Mit-

Auslober um Zustimmung zum formellen Abschluß gebeten, um den Weg für neue Entscheidungen freizumachen.

Vor der Sommerpause will der Bundestag eine Grundsatzentscheidung über die Art des geplanten Mahnmals und seinen Standort treffen.

Michael Naumanns Plan, Peter Eisenmans Stelenfeld mit einem "Haus der Erinnerung" zu verbinden, kann zunächst als Versuch gesehen werden, in anderer Weise als bisher auf das ungelöste Grundproblem des Mahnmalprojektes einzugehen, das man mit der Frage "Für wen, warum und zu welchem Zweck?" umreißen könnte. Sollte im Ursprungsland der Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden ein symbolischer Friedhof als Trauerort für die Überlebenden und Nachkommen geschaffen werden? Sollten nichtjüdische Besucher motiviert werden, sich in die Opfer und ihre Schicksale einzufühlen? Sollte an die Taten erinnert werden und an die Bedingungen, unter denen der Völkermord zustande kam? Wollten sich die Nachkommen der Täter zur Nachfolge-Verantwortung bekennen und vor den Augen der Welt ein Erinnerungszeichen an sich selbst richten? Sollten mit dem Umzug der Regierung nach Berlin Signale an die Welt gesendet werden, daß die Hauptstadt auch diese Gedenk-Aufgabe endlich bewältigt hat?

Eisenmans Entwurf beantwortet in seiner ersten, radikalen Fassung ("Eisenman I", gemeinsam mit dem New Yorker Bildhauer Richard Serra) wie auch in seiner nach Helmut Kohls Wünschen vorgenommenen Modifikation ("Eisenman II") diese Fragen mit einem affektiven Environment, einem individuell erfahrbaren Erinnerungsfeld, das beim Besucher Verunsicherung und ganz persönliche Gefühle und Erinnerungen auslösen soll, und zwar auf offene Weise, ohne vorherige Definition und Kontrolle. Die Kompromisse von "Eisenman II" wurden von Richard Serra nicht mehr mitgetragen ("...ich habe nicht vor, meine eigene Arbeit zu plagiiieren oder zu parodieren", Der Tagesspiegel, 25.11.98). Eisenman hingegen betonte, er habe keinerlei Kompromisse gemacht, sondern den Entwurf "verbessert" (FAZ, 22.9.98).

Bemerkenswert ist, daß in der monatelangen kontroversen Debatte um diesen Entwurf vor allem Argumente zur ästhetischen Wirksamkeit des Stelenfeldes ausgetauscht wurden. Die Befürworter hoben die künstlerischen und stadträumlichen Qualitäten hervor, die dem Mahnmal internationale Aufmerksamkeit garantieren würden; die Gegner bestritten diese Eigenschaften nicht, machten aber gerade sie verantwortlich für eventuelle negative Folgewir-

kungen, zum Beispiel für Ängste und Aggressionen bei Besuchern und Bürgern. Die Befürworter machten den Mut, der angeblich zur Realisierung dieses Kunstwerks gehöre, zum Gradmesser für die Bereitschaft, sich zu öffentlichem Gedenken zu bekennen; die Kritiker sahen in der Rigidität des riesigen Feldes aus Betonstelen, im Raster angeordnet, auf Schotter Grund, einen Affront gegenüber Versuchen, Erinnerung lebendig zu halten. Nur in Ansätzen wurde jedoch diskutiert, welche Art von Gedenken und Erinnerung durch dieses Environment gefördert würde, welche Haltung zur Geschichte sich darin ausdrückt und wie die individuellen Gedanken und Gefühle des Besuchers, die es provozieren soll, wirklich beschaffen sein könnten.

Der “Kombi-Entwurf”

Anstatt jedoch diese inhaltlichen Klärungen voranzutreiben und dabei verstärkt die bisherigen Erfahrungen der Erinnerungsarbeit in Deutschland einzubeziehen, versuchte Naumann eilig, die verhärteten Fronten durch ein Kompromißprojekt aufzulösen, mit dem er sich zugleich politisch profilieren würde. Sein Vorschlag, das Stelenfeld mit einem großen Mehrzweck-Gebäude zu verbinden, basiert, wie er erklärte, auf der Idee, “den Pol Gedenken mit dem Pol Erinnerung und damit die beiden Pole einer zehnjährigen Diskussion zu verbinden”. Damit folgte er einem zentralen Einwand der Kritiker: daß nämlich Gedenken nicht nur und nicht vorrangig über Emotionen, sondern auch und vor allem über Aufklärung, Information und Bildungsarbeit zu bewirken ist.

Ein solcher pädagogischer Ansatz spiegelt natürlich auch traditionelle SPD-Positionen (und deren Mißtrauen gegenüber zeitgenössischer Kunst!) wieder. Einigermaßen absurd mußte allerdings erscheinen, daß bereits wenige Tage nach Bekanntwerden von Naumanns vagen Vorschlägen Peter Eisenman auf dessen Aufforderung hin der Öffentlichkeit Pläne und ein Modell für ein “Haus der Erinnerung” präsentierte (“Eisenman III”, auch als “Kombi-Entwurf” etikettiert), obwohl weder ein Nutzungskonzept noch ein Raumprogramm noch Überlegungen zur Einordnung eines solchen Hauses in die Gedenkstätten-Landschaft existieren.

Schnell wurde deutlich, daß auf der Architektur-Ebene nun gerade diejenigen Fehler reproduziert wurden, die bereits für das bisherige Scheitern des Denkmal-Projekts verantwortlich waren und die auf den nach wie vor zugrundegelegten problematischen Prämissen basieren:

Monumentalität, falsche Standortwahl, nationaler Anspruch und darin implizierte "Führungsrolle" gegenüber den existierenden Gedenkstätten.

Untersucht man die zuvor aufgeworfene Frage näher, welches Geschichtsverständnis die neue Gedenkstätte verkörpern und welche Art von Gedenken und Erinnern sie fördern soll, so ist ein fragwürdiger Grundansatz erkennbar, der im Stelenfeld angelegt ist und im "Haus der Erinnerung" teils verstärkt, teils aber auch auf widersprüchliche Weise modifiziert wird. Eisenmans "Field of Memory" ist nicht darauf angelegt, Aufklärung und differenziertes Geschichtsverständnis zu vermitteln, sondern fördert, auch in seiner entschärften, harmonisierten zweiten Version, diffuse Gefühle von Vereinzelung, Verunsicherung und Bedrohung, die durch Rationalität nicht überwindbar sind und die vermutlich noch verstärkt werden durch die in der Stelen-Formation angelegten Assoziationen von Friedhof, Gräberfeld und Sarkophag. Die Geschichte - ob nun nur die NS-Verbrechen oder auch Entwicklungen der Gegenwart betrachtet werden - erscheint als das Unbegreifliche, dem der Einzelne schicksalhaft ausgeliefert ist. Ob er sich als Opfer fühlt oder ob solche Gedanken und Emotionen universal sind, ihn also die Opfer- und Tätersituation gleichermaßen und zeitlos nachempfinden lassen, ist eine noch zu wenig diskutierte Frage. Eisenman selbst hat in einem Interview den Einwand der Steglitzer Kulturamtsleiterin Sabine Weißler, Vereinzelung sei das Opfer- und nicht das Täter-Gefühl, zurückgewiesen und die von ihm beabsichtigte Ambivalenz hervorgehoben:

"Vereinzelung hat etwas Verunsicherndes, das universell ist. Das Gefühl, allein zu sein, eben nicht zu wissen, wie man sich fühlen soll, ist wertfrei. Ich hoffe, genau das begegnet jedem Besucher, nicht nur Deutschen oder Juden oder Eskimos oder Marsmenschen. Individuelle Einsamkeit ist weder im Besitz der Täter noch der Opfer." (Der Tagesspiegel, 7.2.99)

Eisenman berührt mit diesem Ansatz eine aktuelle, höchst komplizierte Diskussion um Täter-Opfer-Verhältnis und Schuldfrage bei den nicht mehr selbst beteiligten nachfolgenden Generationen: Sollte in einem neuen Umgang mit der NS-Geschichte die auf Nationen bezogene "pauschalisierende Gegenüberstellung" von "Kollektivschuld der Deutschen" und "Kollektiv-Opferrolle der Juden und anderer Gruppen" aufgegeben werden, wie es auch der israelische Sozialhistoriker Mosche Zimmermann fordert (Allgemeine Jüdische Wochenzeitung 16/98), weil eine solche "Dichotomie" ein differenziertes Verständnis eher erschwert? "Jeder könnte in ähnlichen Situationen sowohl auf der Täter- oder Opferseite stehen", so Zimmermann. Oder wird durch solche "Universalisierung" und ihren primär moralischen Kontext eher ein -

von nationalkonservativer Seite längst eingeleiteter - Prozeß der Relativierung der NS-Verbrechen gefördert?

Die Diskussion dieser Fragen in Geschichtswissenschaft und Pädagogik ist längst in Gang. Die Rolle des geplanten Stelenfeldes in diesem Zusammenhang wurde bisher noch wenig angesprochen. Michael Naumann spricht zwar ebenfalls von der "Universalität menschlicher Eigenschaften", doch mit einem anderen Verständnis: Jeder Mensch könne trauern, sich schämen, "Verantwortung und auch Schuld verspüren", jeder sei "aufgefordert nachzuvollziehen - auch wenn es unmöglich scheint -, was es für die Opfer bedeutet hat, in die Todesmühlen der Nazis zu geraten" (Frankfurter Rundschau, 23.3.99). Auf die von Eisenman beschriebene Täter-Opfer-Dualität ging er nirgendwo ein. Stattdessen beschrieb er den "doppelten Auftrag" der zentralen Gedenkstätte speziell für die Nachgeborenen: "Der Zugang zum Horror des Holocaust (beginnt) emotional"; auf diesen emotionalen Zugang müsse ein "kognitiver Zugang" folgen, der durch "Forschung, Erziehung und auch Gedenken" ermöglicht werden soll. Auf diesem Hintergrund ist sein Vorschlag zu sehen: als Versuch, das durch das Stelenfeld intendierte "Gefühl der Unheimlichkeit" (Eisenman) durch die didaktischen und sinnstiftenden Angebote eines Hauses gewissermaßen abzufedern.

Doch weder das inhaltliche Profil eines solchen Gebäudes noch seine architektonische Form scheinen gründlich durchdacht. Das "Haus der Erinnerung" ist als 115 Meter lange Randbebauung angelegt, als eine zum Stelenfeld abgestufte und sich unterirdisch fortsetzende Sequenz: eine 20 Meter hohe doppelte Gebäudescheibe. Der eine Teil für die geplante Bibliothek ist zur Straße hin als schwarze Stahlwand und zum Blockinneren als Glaswand ausgeformt, der zweite, ganz aus Glas, als schmale, hohe Verteilerhalle für fünf sich anschließende Gebäudeblöcke, kaskadenartig abgetrepte Kuben für dokumentarische und museale Einrichtungen. In vier unterirdischen schlauchartigen Räumen, die in das Stelenfeld hineinreichen und deren hochgesetzte Fenster den Blick auf die Stelen freigeben, sollen Ausstellungen gezeigt werden. An ihren Enden führen Gänge und Schächte aus der Tiefe wieder nach oben.

Das Mega-Projekt

Faktisch geht es nun wieder - Naumann betont es selbst - um ein zentrales deutsches Holocaust-Museum, eine Idee, die bisher wenig Resonanz fand, weil sie konzeptionell nie präzi-

siert wurde und weil Deutschland - im Unterschied zu den USA oder Israel - die viel sinnvollere Möglichkeit bietet, Erinnerungsarbeit an den authentischen Orten zu leisten. Der Vorschlag einer Themen-Bibliothek mit einer Million Bänden wird von Fachleuten als unseriös eingeschätzt, denn vergleichbaren Bibliotheken gilt 30-50 000 als Maximum. Die Zahl ist wohl eher der verführerischen Vision entsprungen, die gläserne "Wand der Bücher" optisch-dekorativ eindrucksvoll zu füllen. Auch Naumanns Aussagen zur Ansiedelung von Einrichtungen in dem geplanten Zentrum sind bisher weder fachlich geprüft noch abgestimmt (Leo Baeck-Institut, "Genocide Watch Institute", Spielbergs Video-Archiv zur Shoah, vielleicht auch das Archiv des Internationalen Suchdiensts des Roten Kreuzes in Arolsen, dessen "35 Kilometer Akten" Naumann besonders ins Feld führt gegen den Einwand von Fachleuten, das riesige Haus sei kaum zu füllen). Die geplante Ausstellungsfläche wird als weit überdimensioniert angesehen. Viele Angebote (Auditorium, Bibliothek, Ausstellungen) doppeln sich mit denen von existierenden Berliner Gedenkstätten. Wenige Minuten zu Fuß entfernt entsteht gerade - für etwa ein Viertel der Kosten - der ähnlich dimensionierte Neubau für die Stiftung "Topographie des Terrors" (für dessen Ausstattung, Technik und Ausstellung nach wie vor 10 Millionen Mark fehlen und trotz erklärter guter Absicht von Land und Bund bisher nicht verfügbar sind).

Bei der geplanten "nationalen" Gedenkstätte geht es offenbar weniger um sachbezogene Erinnerungsarbeit und Kooperationen als vor allem um die politische Demonstration ihrer zukünftigen zentralen Rolle in der deutschen Gedenkstätten-Landschaft. Die nicht wie zu Beginn der Planung 15, sondern nunmehr 180 veranschlagten Millionen Mark sollen wohl vergessen lassen, wie knapp die existierenden Gedenkstätten an den authentischen Orten ausgestattet sind. Die mehr als 50 Planstellen, die das "Haus der Erinnerung" erhalten soll, stellen die Mitarbeiterzahlen der bestehenden Einrichtungen in den Schatten. Die laufenden Kosten sollen jährlich 18 Millionen betragen, mehr, als alle Gedenkstätten in Berlin und im Land Brandenburg zusammen erhalten. Offensichtlich hat es ein neudefiniertes nationales Prestige-projekt, das seit der Übertragung des einst privaten Vorhabens an die öffentliche Hand eher an die "grands projets" der französischen Präsidenten erinnert als an das Engagement von unten, allemal leichter als die schwierigen authentischen Orte.

Architektonisch wird der neue Ort nun symbolisch überhöht und mit pathetischen Bedeutungen aufgeladen. Dies irritiert besonders bei einem Architekten, der bis vor kurzem noch darauf bestand, daß sein Mahnmal-Entwurf "antisymbolisch" sei, "und wenn es eine Bot-

schaft gibt, dann die, daß Symbole nicht möglich sind” (Die Zeit, 10.12.98). Die schwarze Stahlfassade, von Eisenman als “Mahnmal-Wand” beschrieben, assoziiert die Klagemauer in Jerusalem, die vielbeschriebene schwarze Erschießungswand in Auschwitz oder das Motiv der unerklärlichen “Black Box”. Der Spalt zwischen den beiden hohen Riegeln wird zum Erlebnisweg, zur schachtartigen Geschichtslektion, die gläsernen Brücken haben metaphorischen Charakter. Und die “Symbolik der Tunnel”, so Eisenman zu seinen unterirdischen Ausstellungsräumen, “erinnert an die Bunkerlandschaft, die die Nazis hier im Regierungsviertel angelegt hatten. Wenn Sie so wollen, “erobern” nun die Opfer diese Tunnel” (Die Woche, 22.1.99). Hier knüpft er nahtlos an die mythologisierenden Grab- und Auferstehungsideen von Lea Rosh an, die schon der Wettbewerbsausschreibung eine anti-aufklärerische Richtung gegeben hatten (“auf den Trümmern dieses Zentrums der Nazi-Macht ein Denkmal für die ermordeten Juden zu setzen, heißt, die Ermordeten über ihre Mörder, die Opfer über ihre Täter zu erheben”). Der Gang in die Tiefe der Ausstellung und wieder hoch in die Außenwelt würde zur affektiven Körpererfahrung, einerseits dem Stelenfeld nachempfunden, aber anders als dieses nicht mehr rein individuell interpretierbar, sondern thematisch festgelegt und als didaktischer Stationenweg angelegt.

So soll nun, falls sich der Bundestag Naumanns Vorschlag anschließt, eine zentrale Gedenkstätte entstehen, die gewissermaßen aus einem doppelten Denkmal besteht: dem “Field of Memory” und dem in Großform und Einzel-Elementen als Memorial-Architektur ausgebildeten “Haus der Erinnerung”. Das Stelenfeld wird dabei - entgegen den früheren Erläuterungen von Eisenman und seinen Befürwortern über die Autonomie des Kunstwerks und seine verstörende Radikalität - faktisch zum Vorgarten oder zum Hinterhof des 115-Meter-Hauses degradiert, zum Auftakt des eigentlichen Mahnmals, das als Bauwerk einen stadträumlich markanten Akzent setzen soll und als Holocaust-Museum die existierende Gedenkstätten-Landschaft auf den Kopf stellen würde.

Wie geht es weiter?

Doch es könnte auch anders kommen. Zum einen geraten Verfahrensprobleme und ein viel-diskutierter Alternativvorschlag stärker ins Blickfeld, zum anderen konzentriert sich - gerade angesichts der zahlreichen Proteste von seiten derer, die mit Erinnerungsarbeit zu tun haben - der Blick der Politiker wieder stärker auf “Eisenman II”, also auf die harmonisierte Version des für sich allein stehenden Stelenfeldes, eventuell ergänzt durch ein kleinmaßstäbliches Ge-

bäude (salopp auch “Eisenman II plus” genannt), nicht jedoch durch ein zentrales Holocaust-Museum.

Gegenüber der notwendigen Aufgaben- und Rollen-Definition des Denkmals erscheinen die rechtlichen Fragen und Plagiatsvorwürfe allerdings eher nebensächlich. Richtig ist, daß das zweite künstlerische Verfahren nicht offiziell beendet und daß Eisenman gegen alle Regeln als einziger der Teilnehmer für einen weiteren Entwurf engagiert wurde, und zwar für eine neudefinierte Bauaufgabe, die die Ausschreibung nicht vorsah. Verletzungen von Wettbewerbsrichtlinien gab es allerdings schon vorher, beim ersten wie beim zweiten Verfahren, schon damals Anlaß von Protesten und individuellen Verweigerungen, aber nicht von Prozessen. Die Teilnehmer hätten wissen müssen, auf was für ein fragwürdiges Verfahren sie sich einließen, übrigens auch entgegen dem Boykott-Aufruf der Architektenkammer. Verspätete Klagen und Schadensersatz-Forderungen haben nun einen merkwürdigen Beiklang, auch unter dem Aspekt, daß, laut EU-Richtlinien, Wettbewerbshonorare sich nach den veranschlagten Ausführungskosten richten sollten.

Ein Hearing des Bundestagsausschusses für Kultur und Medien mit allen vier Verfassern der “engeren Wahl” des zweiten Verfahrens scheiterte, weil Jochen Gerz und Daniel Libeskind sich verweigerten. Die Begründung von Gerz, Eisenman habe die Idee des Hauses von ihm “geklaut”, ist allerdings fragwürdig, wenn man sich daran erinnert, daß zahlreiche Beiträge der beiden bisherigen Verfahren ebenfalls ein Haus oder Museum beinhalteten. Libeskinds Plagiatsvorwurf bezieht sich auf die Ähnlichkeit des Stelen-Feldes mit dem E.T.A. Hoffmann-Garten seines Jüdischen Museums, was Eisenman mit dem Hinweis konterte, Libeskind wiederum habe die Idee seines Gartens vom Projekt “Berlinmasque” seines Lehrers John Hejduk “abgekupfert” (Der Tagesspiegel, 21.6.98). Doch scheint Libeskind vor allem gekränkt, weil er befürchtet, daß mit dem geplanten Großprojekt sein Jüdisches Museum in die zweite Reihe verwiesen wird.

Dessen Direktor Michael Blumenthal war zunächst als Moderator der Ausbauphase, dann gar als künftiger Direktor des “Hauses der Erinnerung” vorgesehen. Doch auch dieser Vorschlag wurde in der Öffentlichkeit mit Skepsis aufgenommen. Heftig diskutiert wurde zum einen die Grundsatzfrage, ob die thematische Verbindung von Jüdischem und Holocaust-Museum für das Vorhaben überhaupt sinnvoll sei, ob sie nicht eher die Gefahr provoziere, daß die Gedenkstätte in der Öffentlichkeit als rein jüdische Angelegenheit angesehen wird. Zum anderen

erscheint das Jüdische Museum mit dieser Aufgabe schlicht überfordert. Eine Ausstellungskonzeption für den als bloße Hülle eingeweihten Libeskind-Bau (ein in der Geschichte des Museumsbaus wohl einmaliger Vorgang!) liegt immer noch nicht vor; zunächst sollen dort Wechselausstellungen Ersatz bieten.

Inmitten dieser inhaltlichen und verfahrensmäßigen Konfusionen erschien ein Vorschlag des Theologen und SPD-Politikers Richard Schröder vielen wie ein Rettungsanker. Seine Idee eines Mahnmals mit dem Gebot "Du sollst nicht morden" in hebräischen Lettern und in allen Sprachen der NS-Opfer fand Zustimmung in der Unions-Fraktion, aber auch bei SPD-Politikern und Kirchenvertretern, Ablehnung hingegen unter anderem bei Vertretern jüdischer Organisationen. In Schröders Vorschlag, der zunächst auf gestalterische Überlegungen verzichtet, kommt eine andere Art von Universalismus zum Ausdruck, denn dieses Gebot gilt nicht nur unbestritten für alle zivilisierten Gesellschaften einst und heute, sondern läßt auch die Besonderheiten "jenes perfiden Systems des arbeitsteiligen Mordens" außer acht, wie ein Leser dem Tagesspiegel (5.4.99) schrieb: "Eichmann hat immer betont, er habe keinen Menschen getötet - und wer soll der Mörder sein?" Die schrittweisen Ausgrenzungen und Vertreibungen, das Zusehen und Wegsehen, das rassistische Denken, also alle die Verankerungen des Mordens in der Alltagsgesellschaft kommen hierbei gar nicht erst ins Blickfeld. Zugleich setzt dieser Vorschlag einen Schlußstrich unter die Hoffnung, daß die Sprache der bildenden Kunst einen eigenständigen Beitrag zu diesem Thema leisten könnte, und degradiert sie zum illustrativen oder dekorativen Begleitprogramm für Worte. Gerade dies mag ein Grund dafür sein, warum er so viele Befürworter fand, quer durch alle Parteien, Gruppen und intellektuellen Strömungen.

Die Diskussion geht weiter, auch über die schwierige Frage, inwieweit in ihrer Form und in ihrem Niveau auch der real existierende Stand der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Thema zum Ausdruck kommt. Ist die öffentliche Debatte ein Wert an sich? Angesichts des offensichtlichen Verlangens einer Vielzahl mehr oder weniger bedeutender Politiker, Schriftsteller, Künstler, Kunstsachverständiger, Fotografen, Modemacher undsoweiter, sich nun auch einmal zum Denkmalsprojekt zu Wort zu melden, könnten selbst die Beobachter von Zweifeln befallen werden, die im Sinne der Aufklärung auf den mündigen Bürger mit autonomer Stimme vertrauen. "Eigentlich ist schon alles gesagt. Aber noch nicht von allen", so begann eine Glosse in der Architekturzeitschrift *Bauwelt* (12.2.99), in der die aktuell verfahrenre Planungs- und Entscheidungssituation sarkastisch hinterfragt wird. Daß die Walser-

Bubis-Debatte über Hinschauen und Wegschauen und über die Infragestellung des offiziellen Gedenkens die Mahnmals-Diskussion unmittelbar berührte, lag nicht allein an Walsers nachdrücklich bekundeter Ablehnung des Projektes, sondern auch an der politischen Instrumentalisierung seiner zwar öffentlich geäußerten, doch eigentlich privaten Befindlichkeit durch reaktionäre Kreise. Doch auch diese Debatte bewirkte wieder einen fatalen Rückschritt im Stand der Auseinandersetzung: Wie mehrmals zuvor wurden differenzierte und sachliche Pro- und Contra-Argumente zum Mahnmal durch moralische Appelle überlagert, wurde die jeweilige Haltung zum Mahnmal als Prüfstein für einwandfreie Gesinnung deklariert. Daß solch eindimensionale Sichtweise jedoch kontraproduktiv ist, gehört zu den wichtigsten Erfahrungen der langjährigen Mahnmal-Debatte.